



Prof. Dr. Erol Yildiz

# Neue Prioritäten in der Integrationspolitik?



Die aufgeregte Integrationsdebatte der letzten fünf Jahrzehnte hat den Umgang mit Migranten in der Bundesrepublik tief greifend geprägt und ein Rezeptwissen hervorgebracht, das auch heute noch in allen gesellschaftlichen Bereichen als Maßstab der Orientierung gilt. Pauschal ist von Anpassungsproblemen der Migranten, dem Rückzug in ethnische Nischen und von Parallelgesellschaften die Rede. Vor allem im politischen Kontext ist der Integrationsbegriff zu einer Schlüsselkategorie geworden. Immer mehr Städte suchen in letzter Zeit händierend nach Integrationskonzepten.

Hier ist jedoch ein grundsätzlicher Einwand angebracht: Der im Migrationskontext formulierte Integrationsbegriff ist normativ aufgeladen, weshalb vollständige Integration in einer ausdifferenzierten modernen Stadtgesellschaft weder möglich noch vorgesehen ist. Es ist fragwürdig, von Migranten ein vollständiges, kulturelles „Bekenntnis“ zu verlangen – abgesehen von der Vagheit und Emotionalität dieser Forderung. Ihr liegt die Ansicht zugrunde, dass heutige Gesellschaften oder Städte harmonische Einheiten bilden würden, in die die Individuen vollständig eingebunden sind bzw. werden sollen. Ein solches Integrationskonzept kann in den vormodernen Gesellschaften sinnvoll gewesen sein, aber in den heutigen funktional ausdifferenzierten und radikal individualisierten Gesellschaften wird das Leben völlig anders organisiert. Diese normative Integrationsperspektive ignoriert die vielfältigen urbanen Kontexte, in denen Menschen sich bewegen, miteinander in Kontakt kommen, ihre Lebensformen und Milieus entwickeln, an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen und ihr Leben organisieren. Menschen werden auf unterschiedliche Weise in die Stadtgesellschaft eingebunden. Aus dieser Sicht kann sich Integration nur auf die Mehrdimensionalität des urbanen Lebens beziehen.

Menschen werden über ihre Teilhabe an den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssystemen, an Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Recht u. a., in eine Stadtgesellschaft integriert. Das im Migrationskontext gebrauchte normativ aufgeladene Integrationskonzept mit seinem Konstrukt der Stadtgesellschaft als kultureller Einheit steht daher im Widerspruch zu den Alltagswirklichkeiten von Menschen und ignoriert die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (vgl. Krämer-Badoni 2002).

Neue Prioritäten in der Integrationspolitik zu setzen, bedeutet daher in erster Linie, einen anderen Blick auf die Integrations-thematik zu wagen, die Einwanderungssituation in den ge-

samtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen und von da aus zu argumentieren.

## Politik der Integration oder Desintegration?

Ein Blick in die fünfzigjährige Migrationsgeschichte der Bundesrepublik zeigt, dass Einwanderung und deren gesellschaftliche Konsequenzen entweder schlichtweg ignoriert oder bestenfalls als ein kulturelles „Integrationsproblem“ wahrgenommen wurden, auf das mit entsprechenden kompensatorischen oder präventiven Maßnahmen reagiert werden musste. Je nach Ausprägung dieser Haltungen in Wissenschaft und Politik lassen sich unterschiedliche historische Phasen erkennen.

Besonders bemerkenswert scheinen mir in diesem Zusammenhang die 1980er-Jahre, in denen Italien, Portugal, Spanien und Griechenland in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen wurden. Bemerkenswert deshalb, weil Migranten aus diesen Ländern von da an nicht mehr im Kontext von Integrationsfragen wahrgenommen wurden, also entproblematisiert wurden. Unter dem Druck der Europäischen Union wurde schrittweise die formale Gleichstellung für diese Migrantengruppen eingeleitet. Die Angehörigen der EU-Staaten haben ein Freizügigkeitsrecht, politisches Stimmrecht und können sich für Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament als Kandidaten aufstellen lassen.

Die Kehrseite einer Mitgliedschaft in der EU ist bekanntermaßen eine schärfere Ausgrenzung von Nichtmitgliedern. Aufgrund der Rechtslage bilden sich zwei Klassen von Menschen heraus: einerseits Migranten aus „Drittstaaten“, von denen einige in den europäischen Ländern, in denen sie leben, geboren und aufgewachsen sind, andererseits Angehörige von EU-Staaten, die besondere Privilegien genießen. Wenn beispielsweise eine Italienerin oder ein Italiener nach Köln zieht, darf sie oder er nach sechs Monaten wählen und sich bei Kom-



munalwahlen für das Europäische Parlament als Kandidatin oder Kandidat aufstellen lassen. Dagegen kann ein Sohn oder eine Tochter türkischer Eltern, der oder die in Köln geboren und aufgewachsen ist, die gleichen Rechte nicht in Anspruch nehmen.

Insgesamt bestimmte eine restriktive, defizitorientierte Haltung den gesellschaftlichen Umgang mit Zuwanderern und deren Nachkommen. Viele der integrativ gemeinten Maßnahmen scheiterten oder wirkten kontraproduktiv. Man kann also im Rückblick eher von einer Desintegrationspolitik sprechen, die bestimmte Gruppen der eingewanderten Minderheiten zunehmend ins Abseits drängte. Diese politische Einstellung führte dazu, dass die demokratische Struktur der Gesellschaft im Umgang mit Einwanderern nicht zur Entfaltung kam und dass auch später keine konsequente Gleichstellungspolitik betrieben wurde. Mit den Folgen müssen wir uns jetzt im Nachhinein befassen. Stattdessen wurde die Gesellschaft auf „Wir“ und die „Anderen“ reduziert und wir beobachten im gesellschaftlichen Umgang mit Einwanderung eine Doppelmoral. In dieser Hinsicht habe ich früher von der „halbierteren Postmoderne“ gesprochen (Yildiz 1997). Elisabeth Beck-Gernsheim (2004) redet in diesem Zusammenhang von einer „Folklore des Halbwissens“. Gesellschaftliche Entwicklungen wurden mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen, soziale Probleme unter ethnischen Vorzeichen diskutiert. Um den Zugang zu gesellschaftlichen Systemen zu limitieren, wurden ethnisch-kulturelle Argumente herangezogen und damit die Ethnisierung gesellschaftlicher Strukturen vorangetrieben.

Wirft man heute einen Blick auf die öffentliche Debatte um Migration und Integration, stellt man fest, dass die Diskussion weitgehend von Negativbildern, ethnisierenden und kulturalisierenden Deutungen geprägt ist. Während die einen für eine „ausgewogene Mischung“ in den Stadtteilen plädieren und von „überforderten Nachbarschaften“ und „Grenzen der Belastbarkeit“ reden, heben die anderen die positiven Aspekte einer freiwilligen Segregation hervor. Die Präsenz von Migranten wird regelmäßig mit einer sozialen Benachteiligung und Belastung von Stadtteilen gleichgesetzt und das Niveau eines Stadtteils oder einer Schule wird routinemäßig mit dem Prozentsatz von Migranten gemessen.

In einer vom *Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung* durchgeführten aktuellen Studie mit dem Titel „*Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*“ (2009), in der wieder die vermeintlich integrationsresistenten Migranten, also die Türken, im Mittelpunkt stehen, kommt diese Geisteshaltung deutlich zum Ausdruck. Obwohl der Titel „Ungenutzte Potenziale“ zunächst positive Konnotationen weckt, sieht man sich bei einer genaueren Lektüre mit den allzu bekannten Klischees über Migranten konfrontiert, wie folgende, die Ergebnisse der Studie zusammenfassende Passage demonstriert:

„Zwar sind die meisten schon lange im Land, aber ihre Herkunft, oft aus wenig entwickelten Gebieten im Osten der Tür-

kei, wirkt sich bis heute aus: Als einstige Gastarbeiter kamen sie häufig ohne Schul- und Berufsabschluss, und auch die jüngere Generation lässt wenig Bildungsmotivation erkennen [...] Ein Nachteil dieser Gruppe ist ihre Größe: Weil es vor allem in Städten so viele sind, fällt es ihnen leicht, unter sich zu bleiben [...] Parallelgesellschaften, die einer Angleichung der Lebensverhältnisse im Wege stehen, sind die Folge.“ (S. 7)

Wie üblich ließen mediale Reaktionen, die die Ergebnisse der Studie auf ihre Weise interpretierten und medial inszenierten, nicht lange auf sich warten. „Für immer fremd“, wurde der Bericht über diese Berliner Studie im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* betitelt (*Der Spiegel* 5/2009: 32). Auch hier zeigt sich eine hegemoniale Geisteshaltung. Obwohl den Migranten der Anschluss an die deutsche Gesellschaft noch nie so leicht gemacht worden sei wie jetzt, so die Autoren des Berichts, blieben sie (vor allem die türkischen) unter sich, ohne die Integrationsangebote der Einheimischen in Anspruch zu nehmen: „Wer als Fremder kommt, bleibt fremd. Mehr noch, auch nach 50 Jahren, nach manchmal drei Generationen, selbst mit deutschem Pass, lebt eine alarmierend hohe Zahl von Zuwanderern nach wie vor in einer Parallelwelt, und um die Zukunft steht es schlecht.“ (S. 32)

Erst in den letzten Jahren beobachten wir, wenn auch bisher nur punktuell, eine Perspektivenumkehr und ein neues Verständnis sowohl in der Migrationsforschung (vgl. dazu *Migranten-Milieu-Studie* 2009) als auch in der Migrationspolitik. Man hat ein halbes Jahrhundert gebraucht, um auf die Einwanderungssituation konstruktiv zu reagieren. Maßnahmen, die diese Wende in der Migrationspolitik markieren, sind vor allem das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das Zuwanderungsgesetz und die Diskussion über die (interkulturelle) Öffnung von Institutionen. Die gegenwärtige Bildungsdiskussion, die Debatten über „Parallelgesellschaften“ oder die Auseinandersetzung um den Islam vermitteln jedoch den Eindruck, dass die Durchsetzung dieses Perspektivwechsels nicht einfach sein wird.

## In welcher Stadtgesellschaft leben wir eigentlich?

Auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben und wie Menschen in die moderne Gesellschaft eingebunden werden, gibt es unterschiedliche Antworten. Je nach Perspektive werden entweder strukturelle, kulturelle, zivilgesellschaftliche oder, insbesondere im Migrationskontext, ethnische Dimensionen des Zusammenlebens hervorgehoben. Um das urbane Leben in einer radikal individualisierten Gesellschaft angemessen zu beschreiben, benötigen wir aber eine Vorgehensweise, die vor allem drei Perspektiven zu einem integrativen Ansatz zusammenfügt (*dreidimensionales Integrationsmodell*). Dabei handelt es sich

- erstens um gesellschaftliche Systeme wie Bildung, Recht, Politik, Ökonomie etc.,



- zweitens um lebensweltliche Orientierungen wie Lebensstile, Lebensformen etc. und
- drittens um zivilgesellschaftliche Kommunikation, wie beispielsweise soziale Bewegungen, politische Gruppierungen, Initiativen etc.

Denn wir leben in einer Gesellschaft, die durch funktionale Differenzierung, kulturelle Pluralisierung und durch zunehmende Reflexivität charakterisiert werden kann.

Wenn wir eine Gewichtung innerhalb dieser Bereiche vornehmen, dann spielt die formale Integration in die gesellschaftlichen Systeme (Systemintegration) für das Zusammenleben eine unerlässliche Rolle, weil die systemische Einbindung das Zusammenspiel in der Gesellschaft erst garantiert. Das bedeutet, dass jeder Einzelne Zugang zu relevanten Systemen (Ökonomie, Politik, Recht, Gesundheit etc.) haben müsste. Wichtig in diesem Kontext ist, dass der Zugang zu den Systemen im Prinzip nach formalen Kriterien organisiert wird oder werden sollte und nicht nach ethnischen oder kulturellen. Diese formale Gleichheit würde jedem Einzelnen mehr Spielräume für lebensweltliche und milieuspezifische Orientierungen einräumen. Das heißt auch, je kulturell vielfältiger die Gesellschaft wird, desto formaler müssen die Systeme organisiert sein. Es gibt zwischen diesen beiden Bereichen ein dialektisches Verhältnis. Die zivilgesellschaftliche Perspektive bzw. gesellschaftliche Partizipation bedeutet, dass die Individuen potenziell die Möglichkeit haben sollten, an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen, sich politisch zu engagieren und sich für lokale Demokratie einzusetzen. In diesem Zusammenhang sind lebensweltliche und milieuspezifische Orientierungen, die für die Einzelnen mit praktischen Erfahrungen verbunden sind, wichtige Ressourcen für politische Kommunikation, d.h. die unterschiedlichen Erfahrungen im konkreten Alltag und die daraus resultierenden Kompetenzen fließen als Ressourcen in die öffentlichen Kommunikationsprozesse ein.

Es kann daher festgehalten werden: Die strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen bieten die formalen Voraussetzungen, im Rahmen derer sich persönliche Lebensstile, unterschiedliche Lebensformen und Milieus ausbilden, also kulturelle Diversität entwickelt, welche wiederum als eine Plattform für gemeinsame Aktivitäten und Aktionen fungieren kann. In diesem Integrationsmodell wird eine *soziale Grammatik* sichtbar (vgl. Yildiz 2004), die als Hintergrundfolie für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft dient.

Die Frage ist, wie der Zusammenhalt heterogener, zunehmend durch weltweite Migration geprägter Stadtgesellschaften garantiert werden kann. Nach diesem Modell basiert der eigentliche Integrationsmodus demokratisch verfasster Gesellschaften nicht auf einem stabilen kulturellen Wertekonsens, sondern wird in erster Linie durch das System egalitärer Rechte und formaler Gleichheit garantiert, das einen *neuen Integrationsmodus* in der Stadtgesellschaft darstellt. In einer Gesellschaft, die zunehmend durch Pluralisierung von Lebens-

formen, Milieus und kulturellen Orientierungen geprägt ist und auch in Zukunft durch weltweite globale Öffnungsprozesse kulturell noch vielfältiger sein wird, gibt es keine *normative Integration*. Das heißt, in einer funktional ausdifferenzierten und kulturell pluralisierten Gesellschaft darf von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern keine kulturelle Integration verlangt werden, weil kulturelle Orientierung eine persönliche Angelegenheit ist. Erstaunlicherweise wird dieses Bekenntnis von Migranten jedoch erwartet und als „persönliche Loyalität“ interpretiert.

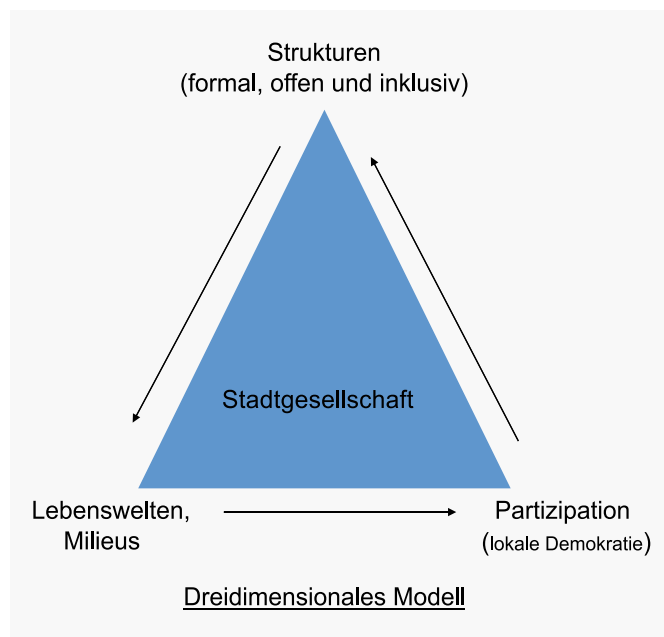


Abb. 1: Die Relevanz eines milieuspezifischen Zugangs

In diesem ethnisch-kulturell zentrierten Integrationskonzept spielen die milieuspezifischen Orientierungen innerhalb von Migrantengruppen kaum eine Rolle oder sie werden ausgeblendet. Auch die lebenspraktische Diversität und deren gesellschaftliche Relevanz, um die es im nächsten Abschnitt geht, fanden bisher keine öffentliche Resonanz. Diese lebensweltliche Perspektive blieb lange Zeit auch in der Migrations- und Integrationsforschung marginal.

## Einblicke in die Alltagspraxis von Migranten

Erst in den letzten Jahren ist in der Migrations- und Integrationsforschung ein Perspektivwechsel zu beobachten, aus dem die ausdifferenzierte alltägliche Praxis von Migrantengruppen und deren Bedeutung für die gesellschaftliche Positionierung des Einzelnen überhaupt zur Kenntnis genommen werden. So wurde im September 2007 die erste umfassende „Sinus-Studie“ in Deutschland durch das Heidelberger Institut „Sinus Sociovision“ veröffentlicht, in der die Integrationsleistungen von Migranten im Mittelpunkt standen. Im Dezember 2008 wurden in Berlin die Ergebnisse der Expertise, die acht Institutionen in Auftrag gegeben hatten, der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. Migranten-Milieus 2009). Die quantitativen und qualitativen



ven Befunde dieser repräsentativen Studie dekonstruieren die bisher vorherrschenden Mythen und geben differenzierte Einblicke in die soziale Praxis von Migranten in urbanen Räumen.

Aus dieser lebensweltlichen Perspektive erscheint die Alltagspraxis von Migranten in einem neuen Licht. So werden neue milieuspezifische Formierungen, migrationsspezifische informelle soziale Netzwerke und transkulturelle Kompetenzen sichtbar, die für die Lebensentwürfe und gesellschaftliche Positionierung von Betroffenen relevant sind. Hier wird die Bedeutung eines alltagsweltlichen Zugangs als Forschungsperspektive erkennbar. Nur so wird nachvollziehbar, wie sich die eingewanderten Bevölkerungsgruppen und deren Nachkommen sozial und kulturell orientieren, welchen strukturellen Barrieren sie sich ausgesetzt sehen, wie sie damit umgehen, welche (politischen) Strategien sie dabei entwickeln, welche Rolle Familie, Freundschaften und informelle Netzwerke spielen. Es wird auch sichtbar, wie Menschen unter schwierigen Bedingungen soziales Kapital akkumulieren und es als urbane Ressource nutzen. Es wird deutlich, wie Migranten sich auf spezifische Weise verorten, wie sie sich unterschiedliche, zum Teil grenzüberschreitende ökonomische, soziale und kulturelle Netzwerke individuell wie milieuspezifisch nutzbar machen, neu definieren und zu anderen Strukturen, Kulturen und Lebensentwürfen verbinden.

Dieser Zugang geht über ethnische Deutungen hinaus und eröffnet neue Horizonte und Erkenntnismöglichkeiten. Die Migranten-Milieus-Studie (2009) belegt eindrucksvoll, dass es sich bei den Migrantengruppen entgegen öffentlicher Darstellungen nicht um eine homogene Masse handelt, sondern um vielfältige Orientierungen, die klassische Kategorien wie Ethnie, soziale Lage und Religion durchkreuzen. Darüber hinaus sind milieuspezifische Orientierungen erkennbar, die von kontextspezifisch-strategischen und pragmatischen bis hin zu transkulturellen kosmopolitisch-postmodernen Orientierungen reichen.

In diesem Kontext könnte man von einer lebenspraktischen Diversität reden, die in einem funktional ausdifferenzierten urbanen Alltag zur Normalität gehört. In dem Maße, wie sich Systeme ausdifferenzieren und eine formale Logik entfalten, nach der die einzelnen Gesellschaftsmitglieder nur noch partiell eingebunden werden, entsteht eine Optionsvielfalt für persönliche Orientierungen und Bindungen im Alltag (man könnte in dieser Hinsicht von einer „Multioptionsgesellschaft“ [Peter Gros] reden). Menschen werden regelrecht zur individuellen und milieuspezifischen Orientierung genötigt. Nur so ist also eine Vielfalt an diversen Lebensstilen, Lebensformen und Milieus denkbar. Die Pluralisierung der Lebenswelten lässt sich als ein wichtiger Impuls für kulturelle Demokratisierung interpretieren. Ethnische und religiöse Deutungen verlieren ihre gesellschaftsprägende Kraft, wenn auch immer wieder versucht wird, die demokratisch verfasste Gesellschaft nach einheitlichen Kriterien zu definieren.

Wird die systemische Integration mit der Einbindung des Einzelnen in die formalen Systeme definiert, heißt soziale Integration eben lebenspraktische kulturelle Diversität. So gesehen entwickelt sich das Alltagsleben demokratisch verfasster Gesellschaften unabhängig von der Einwanderung zu einer interkulturellen Wirklichkeit. Auf jeden Fall eröffnen sich für die einzelnen Gesellschaftsmitglieder *potenziell* mehr Gestaltungsräume. Lebenspraktische Diversität bedeutet auch, persönliche Lebensstile und milieuspezifische Orientierungen zu entwickeln und diese als Ressource in der zivilgesellschaftlichen Kommunikation zu nutzen. Gerade die lokalen Gegebenheiten wie öffentliche Plätze, Straßen oder Bürgerinitiativen u.a.m. bieten eine Plattform zur Entfaltung kommunikativer Praktiken, zu *lebenspraktischer Vielfalt*.

Was sollte man also von jemandem erwarten, der in die Bundesrepublik einwandert? Nach diesem von mir vorgestellten Gesellschaftsmodell darf es keine Forderung nach einer kulturellen Integration geben, weil das mit unserem modernen Demokratieverständnis nicht vereinbar ist. Was man verlangen darf, ist die Anerkennung formal-demokratischer Strukturen, die für alle gelten. Darüber hinaus muss für die Neuzuwanderer die formale Einbindung in die Systeme gewährleistet werden, was bisher aus ideologischen Gründen vernachlässigt wurde. Klassische Einwanderungsländer, wie beispielsweise Schweden, waren in dieser Hinsicht konsequenter und verfolgten von Anfang an eine Gleichstellungspolitik. Andere Länder, wie etwa die Niederlande, haben im Nachhinein die faktisch vollzogene Einwanderung anerkannt, politische Konsequenzen gezogen und damit die Demokratisierung der Gesellschaft vorangetrieben.

## Schlussfolgerungen

Wir brauchen einerseits eine konsequente Gleichstellungspolitik, die der gesamten Bevölkerung Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Ressourcen zumindest potenziell gewährleistet. Andererseits wäre zu überlegen, wie den negativen Folgen der bisherigen (Des-)Integrationspolitik nachhaltig begegnet werden kann. In einigen europäischen Ländern werden sogenannte Quotenregelungen oder Gleichstellungsmaßnahmen angewandt, um den gesellschaftlichen Rückstand von Minderheiten zu beheben. Auch solche Maßnahmen wären in Deutschland denkbar, dürfen jedoch nicht zur Privilegierung irgendwelcher Gruppenidentitäten führen.

Da Zuwanderung in der Bundesrepublik immer als problematisch betrachtet wurde, was die Wahrnehmung der Bevölkerung über Jahrzehnte geprägt hat, brauchen wir im Umgang mit Migration dringend einen Perspektivenwechsel, eine entdramatisierende Sicht auf die Realität der Migration und ein gesellschaftliches Klima, in dem Migration als ein konstitutives Element gesellschaftlicher Entwicklung anerkannt und Migranten als ein integraler Bestandteil der Gesellschaft betrachtet werden. Die kanadische Migrationspolitik ist in dieser Hin-



sicht ein anschauliches Beispiel: Hier wird Migration nicht als Problem, sondern als Ressource wahrgenommen. Das Motto, mit dem sich die Stadt Toronto präsentiert, lautet beispielsweise: „*Vielfalt ist unsere Stärke*“ (vgl. Ipsen/Weichler 2008).

Es bleibt zu hoffen, dass in den kommenden Jahren weitere differenzierte Milieustudien durchgeführt werden, die ein radikales Umdenken in Bezug auf die Lebenswirklichkeiten von Migranten bewirken. Nur diversitätsbewusste Ansätze in der Forschung sind geeignet, kreative Potenziale in der sozialen Praxis von Migranten sichtbar zu machen.

Die globalen Transformationsprozesse zeigen, dass wir auch in Zukunft mit Migration und einer Diversität konfrontiert sein werden, die sich konventionellen Erklärungsmustern entzieht. Daher brauchen wir differenzierte alltagsweltliche Ansätze, die für gesellschaftliche Veränderungen offen sind und neue Perspektiven auf die Migrationsgesellschaft eröffnen.

Prof. Dr. Erol Yildiz

Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung,  
Alpen-Adria Universität Klagenfurt

## Quellen:

Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004): Wir und die Anderen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hg.) (2009): Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin.

Der Spiegel 5/2009.

Ipsen, Detlev/Weichler, Holger (2008): Vielfalt als Stärke: Kulturelle Cluster in Toronto. In: Yildiz, Erol/Mattausch, Birgit (Hg.): Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource. Basel – Boston – Berlin.

Krämer-Badoni, Thomas (2002): Urbanität und gesellschaftliche Integration. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hg.): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Gesellschaft gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Opladen, S. 47–62.

Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (Hg.) (2009): Migranten-Milieus. Ein Kompass für die Stadtgesellschaft: vhw – Schriftenreihe 1.

Yildiz, Erol (1997): Halbierte Gesellschaft der Postmoderne. Probleme des Minderheitendiskurses in der BRD unter Berücksichtigung alternativer Ansätze in den Niederlanden. Opladen.

Yildiz, Erol (2004): Leben in der kosmopolitanen Moderne: Die Öffnung der Orte zur Welt. (Unveröffentlichte Habilitationsschrift) Köln.

Yildiz, Erol/Mattausch, Birgit (Hg.) (2008): Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource. Basel – Boston – Berlin.

## Interdisziplinäre Studiengesellschaft e.V. 67. Jahrestagung

# Emotionen, handeln und Nachhaltigkeit

*Denn sie tun nicht, was sie fühlen*

24. – 26. September 2010  
Kulturhauptstadt Essen

**Offenbar glauben zwar viele von uns, sich zukunftsfähig im Sinne kommender Generationen zu verhalten, tun es aber de facto nur punktuell – nicht nur deshalb, weil „Nachhaltigkeit“ ein sperriger Begriff ist, sondern weil diese Lebensausrichtung anscheinend nicht in notwendigem Maß unsere Emotionen erreicht.**

**Auf der Tagung werden Strategien diskutiert, wie durch eine stärkere Ansprache des emotionalen Bereichs auch eine Änderung des Alltagsverhaltens in Richtung Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Es geht auch darum, welche Rahmenbedingungen für eine nachhaltigere Gesellschaft geschaffen werden müssen. Zu diesem Zweck werden Ansätze aus verschiedenen Fachdisziplinen vorgestellt (Soziologie, Psychologie, Naturwissenschaften, Medizin, Neurobiologie, Ethik und Stadtplanung).**

### Ihre Referenten:

Martina Eick, Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten,  
Dr. Dieter Korczak, Prof. Dr. Max Liedtke,  
Prof. Dr. Anton Lerf, Dr. Marianne Soff,  
Hans-Georg Torkel, Prof. Ulf Jonak,  
Prof. Dr. Hartwig Frankenberg, Prof. Dr. Jörg Baltzer,  
Prof. Dr. Eberhard Göpel, Dr. Hildegard Bossmann

### Tagungsgebühren:

Für Mitglieder: 60,00 Euro/Person für die gesamte Tagung  
Für Gäste: 130,00 Euro/Person für die gesamte Tagung  
Für Studenten und Schüler (m. Nachweis): 40,00 Euro/  
Person für die gesamte Tagung

### Ort und Zeit:

Die Tagung findet von Freitag, den 24. September 2010 ab 14 Uhr bis Sonntag, den 26. September 2010 bis ca. 13 Uhr in 45127 Essen, Hotel Essener Hof, Am Handeshof 5, Tel.: 0201/24 250, statt.

### Veranstalter:

Interdisziplinäre Studiengesellschaft e.V. (ISG),  
1. Vorsitzender Dr. Dieter Korczak, Nymphenburger Str. 47,  
80335 München, [www.studiengesellschaft.de](http://www.studiengesellschaft.de)

### Tagungsorganisation und -büro:

Daniela Eiden, Münchener Straße 24, 85368 Moosburg  
Tel.: 08761/604 60, Fax: 08761/8487,  
E-Mail: [daniela.eiden@moosburg.org](mailto:daniela.eiden@moosburg.org)  
Handy: 0171/7311 722